„Jetzt zeigt sich, ob hier genug Wind weht“

Auch bei uns im windschwachen Süden der Republik südlich von Freiburg im noch idyllischen Breisgau sind seit mehreren Monaten Windkraft-Projektierer unterwegs. Sie haben sich mit Gestattungsverträgen und den mittlerweile üblichen absurd hohen und unmoralischen Pachtversprechen bereits zahlreiche Grundstücke für den Bau von Windenergieanlagen (WEA) gesichert. Auch unsere Gemeindevertreter haben schon sehr früh ohne ausreichende Beteiligung der Bevölkerung entsprechende Verträge unterschrieben. Eine Bürgerbefragung zum Thema „Windkraft auf Gemeindeflächen“ hatte der Bürgermeister von Ehrenkirchen bereits 2023 angedacht und dazu im örtlichen Ratsinfosystem niederschreiben lassen, dass „die moralische Verpflichtung bestehe“, sich „an das Ergebnis einer Bürgerbefragung zu halten“. Leider wurde diese aber nie durchgeführt, da unser Bürgermeister das nach eigener Aussage dann doch nicht für erforderlich hielt. Den zu erwartenden Widerstand aus der Bevölkerung wollte man sich vor Unterschrift der Verträge offenbar ersparen.
Selbst eine Bürgerinfo wurde erst deutlich zu spät anberaumt, nachdem wir als junge Bürgerinitiative (BI) mehrfach darauf gedrungen hatten. Die Ernsthaftigkeit dieser Veranstaltung, an der wir als BI leider nicht teilnehmen durften, lässt sich erahnen, wenn man weiß, dass bei mehr als 21.000 betroffenen und geladenen Bürgern aus drei Gemeinden maximal 120 Besucher an einem normalen Arbeitstag nach vorheriger Anmeldung zu dieser Infoveranstaltung zugelassen wurden.
Was aber bereits Monate früher passiert war: Unser Bürgermeister, der aus Datenschutzgründen die Kontaktdaten der Landeigentümer natürlich nicht an den hier agierenden Projektierer herausgeben durfte, hatte alle betroffenen Eigentümer sowie den Projektierer zu einer gemeinsamen Veranstaltung geladen und auf diese Weise zusammengeführt. Somit hatte der Projektierer für seine Ansprache der Eigentümer leichtes Spiel.

Seit Spätsommer letzten Jahres laufen nun Windmessungen im Vorranggebiet für den in Planung befindlichen „Windpark Breisgau“ in der windschwachen Ebene zwischen Ehrenkirchen, Staufen und Bad Krozingen.

Aber wie interessant sind die Ergebnisse dieser Windmessungen tatsächlich?
Ich denke es besteht mittlerweile größtenteils Einigkeit darüber, dass es seit Inkrafttreten des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) in Gebieten mit geringer Windhöffigkeit noch nie um die Errichtung von am freien Markt langfristig überlebensfähigen Stromproduktionsstätten ging. Beim geplanten „Windpark Breisgau“ geht es dem Projektierer „iTerra energy GmbH“ aus Gießen maximal ansatzweise um die gemessenen Windstärken. Jedem sollte mittlerweile klar sein, dass weder „iTerra“ noch irgendein anderer WEA-Projektierer jemals bei uns aufgetaucht wäre, ginge es nicht um millionenschwere Subventionen für die sogenannten „Erneuerbaren“. Nur so rechnen sich Windparks in unserer Region, leider aber auch nur für Projektierer und Betreiber. Die Windmessungen werden übrigens nicht, wie man bei der vermeintlichen Wichtigkeit annehmen könnte, von neutraler Stelle, sondern vom Projektierer selbst in Auftrag gegeben und bezahlt.

Wann wird dem Volk endlich die Wahrheit erzählt? Nämlich, dass wir die geforderten 1,8 % der Landesfläche für WEA gar nicht benötigen, da die ursprünglichen Bedarfsberechnungen noch auf deutlich geringeren Nennleistungen der damals verfügbaren Anlagen beruhen. Bei guten Wetterbedingungen haben wir mit den bereits in unserem Land existierenden Anlagen schon heute zu viel Stromertrag, den wir nur durch Zuzahlungen aus dem Steuertopf in Milliardenhöhe wieder loswerden, da er in diesem Moment nicht verbraucht und auch nicht gespeichert werden kann.

Wer verrät dem Volk endlich, dass die von der Politik propagierten Flächenberechnungen für WEA geschönt sind, da sie weder Flächen für notwendige Transformatoren und eventuell erforderliche Umspannwerke noch für später aufzustellende Speicher sowie deren Zuwegungen beinhalten? Die notwendigen Speicher gibt es allerdings in den erforderlichen Größen und Mengen noch gar nicht und die Unmengen an teilweise seltenen Rohstoffen hierfür haben wir auch nicht. Aber es sollen dennoch schnellstmöglich unzählige weitere WEA gebaut werden.

Wer trifft endlich eine fundierte Aussage darüber, ob die in unserer Region vorhandenen Leitungsnetze für den geplanten Stromzuwachs ausgelegt sind oder ob hier eventuell weitere umfangreiche und teure Ausbaumaßnahmen notwendig sind, damit der zusätzliche Strom überhaupt nutzbar wird?

Ich frage mich auch, ob unsere Bürgermeister und Gemeinderäte Folgendes wissen: Ein WEA-Projektierer, der die Kommunen mit der versprochenen Beteiligung an WEA von 0,2 ct/kWh zur Zustimmung bei derartigen Vorhaben „motiviert“, holt sich diese seine Kosten gem. § 6 EEG zusätzlich beim zuständigen Netzbetreiber wieder. Da aber auch dieser die Mehrkosten natürlich nicht selbst trägt, preist er sie als weitere Gebühren in das Netzentgelt ein und somit zahlen die Stromkunden auch diese Zeche. Heißt konkret, dass der WEA-Betreiber diese 0,2 ct/kWh nicht aus seiner millionenschweren Subventionstasche zahlen muss, sondern jeder Bürger über das erhöhte Netzentgelt noch mehr zur Kasse gebeten wird.
So kann ein Betreiber die betroffenen Kommunen, die nach zusätzlichen Einnahmen hecheln, vortrefflich blenden und kaufen. Unsere Gemeindevertreter „verkaufen“ die zusätzlichen Einnahmen der Gemeinde motivierend an ihre Einwohner weiter, da man mit diesen Geldern ja dann wieder soziale Einrichtungen zum Wohle der Gemeinde fördern kann. Korrekt, aber bezahlen muss das unter dem Strich jeder einzelne Bürger, ohne jegliche Wahlmöglichkeit. Derartige Machenschaften könnte man durchaus als auf gesetzlichen Grundlagen basierende üble „Taschenspielertricks“ bezeichnen.

Sind sich die Landeigentümer, die ihre Flächen an WEA-Betreiber verpachten, der möglichen Risiken bewusst? Der Projektierer „iTerra“ aus Gießen kalkuliert die Rückbaukosten für eine einzige WEA nach 20 Jahren (Ablauf der staatlichen Förderung) nach eigener Aussage mit den in Hessen noch immer gültigen, aber längst überholten 1000 Euro pro Meter Masthöhe, da konkrete Vorgaben in Baden-Württemberg komplett fehlen. Mit dieser Summe bekommt man laut Aussagen aus Fachkreisen in 20 Jahren maximal den Mast rückgebaut und entsorgt, keinesfalls aber die monströsen Stahlbetonsockel oder gar die Rotorblätter aus hochkomplexen und wirtschaftlich nicht recycelbaren CFK- und GFK-Verbindungen. Auch marktübliche Preissteigerungen sind hier nicht eingerechnet. Realistisch dürften sich vollständiger Rückbau und Entsorgung einer einzigen heute modernen WEA laut Branchenexperten in 20 Jahren auf bis zu 1 Million Euro belaufen.
Sollte diese Summe beim Betreiber dann aber nicht mehr vorhanden sein, was auch in Deutschland schon vorgekommen ist, könnte die vertraglich vereinbarte Rückbauverpflichtung an den jeweiligen Grundstückseigentümer übergehen. Dieser bezahlt dann den vollständigen Rückbau sowie die Entsorgung, was ihn bzw. seine Nachkommen in Folge ruinieren könnte. Die gesetzlichen Vorgaben zu den zu kalkulierenden Rückbaukosten sind, wenn überhaupt vorhanden, zu gering, bundesweit insgesamt meist unspezifisch und daher brandgefährlich. Hier kann man jedem Verpächter nur raten, sich frühzeitig fachkundigen Rechtsbeistand zu holen.

Jahrzehntelang galt die massive Abhängigkeit unseres Landes von russischen Öl- und Gaslieferungen als Bedrohung. Und was macht unsere Politik heute? Der größte Teil aller PV-Anlagen kommt mittlerweile aus China und auch die WEA-Lieferungen von dort steigen immer weiter an. Europäische Hersteller können die von unserer Politik geforderten Anlagenzahlen gar nicht liefern und eine chinesische WEA kostet ungefähr nur halb so viel wie eine europäische

Anlage. Lediglich Projektierer und Betreiber profitieren auch davon und maximieren so ihre ohnehin schon irrationalen Millionengewinne. Sie senken durch den Kauf in China ihre Anschaffungskosten um ca. die Hälfte, wobei die horrenden Förderungen aus dem EEG bleiben. Die für die Herstellung von PV und WEA benötigten Rohstoffe werden in Bezug auf Menschenrechte und Umweltschutz unter äußerst fragwürdigen Bedingungen in anderen Ländern gefördert.

Deutschland verantwortet weniger als 2 % des weltweiten CO_2-Ausstoßes, aber unsere Politik möchte uns verkaufen, dass wir mit unserem blendenden „Greenwashing“ die Welt retten. China plant bis 2035 den Bau von mehr als 150 neuen Flughäfen, indische Airlines haben in jüngster Vergangenheit 1000 neue Passagiermaschinen bei Boeing und Airbus bestellt, mit millionenschweren CO_2- Zertifikaten wird weltweit in großem Stil betrogen. Aber in Deutschland wird eine einzige Branche unmoralisch subventioniert, wobei der Rest unserer Wirtschaft krankt und aus der Not der schwindenden Wettbewerbsfähigkeit heraus mit Entlassungen, Schließungen bzw. Abwanderung droht. Ausländische Unternehmen halten sich nicht zuletzt wegen der unzuverlässigen und teuren Stromversorgung mit Investitionen in Deutschland äußerst bedeckt. Aber diese gravierenden Gefahren für unsere Volkswirtschaft kommen bei unseren Volksvertretern offenbar nicht an.

Der Rest der Welt lacht über uns und unserer Nachbarn freuen sich regelmäßig über ein lukratives Zusatzgeschäft durch das ständige „Stromverschieben“. Wenn der Wind weht und die Sonne scheint, haben wir schon heute zu viel Ertrag, den wir mit Strafzahlungen wieder loswerden müssen, damit unser Netz nicht „platzt“. Bei zu geringem Ertrag aus den „Erneuerbaren“ kaufen wir den Strom aus anderen Ländern teuer zurück, da wir immer mehr Ersatzkraftwerke konsequent vom Netz nehmen. Wobei es dann offenbar irrelevant ist, wie „schmutzig“ dieser zugekaufte Strom erzeugt wurde. Die Berechnungen der deutschen CO_2-Bilanz enden offensichtlich an unseren Landesgrenzen.

Die in Deutschland rein ideologisch getriebene „Energiewende“ kann so nicht funktionieren. Sie macht unser Land noch abhängiger, als es bisher war. Die Kosten sprengen unseren ohnehin überlasteten Haushalt und der energiepolitische Erfolg ist in der Summe mehr als fraglich. Von unserer Politik werden hunderte von Milliarden sinnlos für die „Energiewende“ verpulvert, ohne jemals ein bis zum Ende durchdachtes Energiekonzept entwickelt zu haben. Jedem Privatunternehmer dreht sich hier der Magen um, aber mit Steuergeldern lässt es sich deutlich einfacher und für unsere Politiker absolut risikofrei wirtschaften. Hier sei an die 240 Millionen Steuer-Euros erinnert, die ein ehemaliger Verkehrsminister ohne Sinn und Verstand und höchst unprofessionell bei der damals geplanten Pkw-Maut „verbrannt“ hat, aber dennoch völlig unbehelligt und schadlos aus dieser massiven Steuergeld-Verschwendung herausmarschiert ist.

Wo sind die Politiker, die ihre Glaubwürdigkeit und menschliche Größe beweisen, in dem sie auch mal einen begangenen Fehler zugeben und einen eingeschlagenen Irrweg zum Wohle ihres Landes und der Bevölkerung verlassen? Stattdessen wird uns gerade wieder vollmundig versprochen, was bisher auch nicht eingehalten wurde und zu großen Teilen schlicht nicht umsetzbar ist.

Und wo ist überhaupt unsere Demokratie geblieben? Was für einen Beigeschmack hat der Umstand, dass unsere mittlerweile gescheiterte Regierung im § 2 EEG ihre Vorhaben zu Errichtung und Betrieb von Erneuerbare-Energien-Anlagen eigenmächtig als Vorhaben im „überragenden öffentlichen Interesse“ und zur Erhaltung der „öffentlichen Gesundheit und Sicherheit“ erklärt, um auf dieser Grundlage jahrzehntelang gehegte Umwelt-, Natur- und Artenschutzgesetze auszuhebeln und dadurch deutlich einfacher unzählige Industrieanlagen in unsere Natur zu bauen? Unter den derzeitigen Bedingungen möchte ich mich als Teil dieser

Öffentlichkeit ausgenommen wissen. Denn was diese absurde Energiepolitik mit ihren zahlreichen Gefahren Gutes für unsere Gesundheit und Sicherheit bringen soll erschließt sich mir persönlich keinesfalls, im Gegenteil.

Liebe Politiker, wann hört Ihr auf, uns mit nach Eurem Gusto manipulierten und aus unseren Steuergeldern teuer bezahlten Studien in Bezug auf die Sinnhaftigkeit und Effizienz von „Erneuerbaren“ ein X für ein U vorzumachen? Hört endlich den zahlreichen unabhängigen Wissenschaftlern zu, die auch dem Nicht-Physiker mit einfachen Worten erklären können, dass man physikalische Gesetze nicht verbiegen kann, dass auch Windenergie endlich und deshalb die „Energiewende“ in der geplanten Form zum Scheitern verurteilt ist, auch wenn wir noch weitere 30.000 Windräder in die Natur stellen. Eure „Milchmädchenrechnungen“ blenden das Volk und täuschen die Machbarkeit dieser absurden Energiepolitik vor.
Hört endlich auf, Euer Volk zu belügen und für dumm zu verkaufen. Das Einzige, was an der deutschen „Energiewende“ nachhaltig ist, sind die zusätzlichen Belastungen für die Bevölkerung, die Zerstörung unserer Natur und Heimat, das Schaffen neuer massiver Abhängigkeiten, das Verbrennen unzähliger Steuer-Milliarden und das konsequente Herunterwirtschaften unseres Landes. Das muss schnellstmöglich ein Ende haben, bevor die Schäden tatsächlich irreversibel sind.

Uwe Conrad
Bürgerinitiative „Unser Breisgau“ (BIUB)